



SCHWEIZERISCHE HELSINKI VEREINIGUNG FÜR DEMOKRATIE, RECHTSSTAAT UND MENSCHENRECHTE
SWISS HELSINKI COMMITTEE FOR DEMOCRACY, RULE OF LAW AND HUMAN RIGHTS

Rundbrief

November 2013

An den Beginn dieses Rundbriefes stellen wir eine Würdigung unseres langjährigen Präsidenten Rudolf Friedrich, der im Oktober verstorben ist. Dann widmen wir uns sowohl dem schweizerischen Vorsitz bei der OSZE 2014 und unseren diversen Beiträgen dazu als auch unserem Jugendseminar vom vergangenen September in Solothurn. Wir sind Roland Bless, Sprecher der OSZE-Vertretung in Wien, sehr dankbar für seinen Artikel zum schweizerischen Vorsitz. Unser Vorstandsmitglied Malcolm MacLaren, der die Hauptlast der minutiösen Vorbereitung des Seminars getragen hat, verfasste den Bericht dazu; ferner kommentieren zwei bosnische Teilnehmende ihre Eindrücke des Seminars. Schliesslich stellen wir zwei neue Vorstandsmitglieder vor.



Solothurn, Durchführungsort des diesjährigen Jugendseminars

ZUM GEDENKEN AN ALT BUNDESRAT RUDOLF FRIEDRICH

Präsident der SHV von 1986 bis 2003

Mitte Oktober ist alt Bundesrat Dr. iur. Rudolf Friedrich wenige Monate nach seinem 90. Geburtstag verstorben. Er präsidierte die Schweizerische Helsinki Vereinigung (SHV) von 1986 bis 2003 und hat sie bis zu seinem Lebensende mit weitblickenden Ideen und grosszügigen Spenden unterstützt.

Er war die prägende Persönlichkeit der SHV in der Übergangszeit vom Kalten Krieg zur Neuordnung Europas durch die Wende von 1989. Es war ein Glücksfall, dass in diesem Moment ein so integrierter, unabhängig denkender, zukunftsorientierter und gleichzeitig erfahrener Politiker die Geschicke der SHV in die Hand nahm. Ihm haben wir es bis heute zu verdanken, dass die SHV ihre eigene Tätigkeit den Veränderungen auf unserem Kontinent anpassen konnte und die nötige Flexibilität aufbrachte, immer neue, den wechselnden Bedürfnissen entsprechende Aufgaben zu erfüllen.

Rudolf Friedrich übernahm das Präsidium der SHV zu einem geschichtlich wichtigen Zeitpunkt. Michail Gorbatschow war seit einem Jahr Generalsekretär der KPdSU. Nachdem er Perestroika, Glasnost und Demokratie als Grundpfeiler seiner Politik angekündigt und sich im November 1985 mit dem amerikanischen Präsidenten Reagan in Genf erstmals getroffen hatte, begann auch der Westen auf die Anzeichen eines gewissen Wandels in der Sowjetunion zu reagieren.

Hauptaufgabe der SHV war es seit ihrer Gründung kurz nach der Unterzeichnung der Schlussakte der KSZE (heute OSZE) 1975 in Helsinki gewesen, sich unter Berufung auf diese Schlussakte für Dissidente und Refusniks sowie für allgemeine Reformen der

Menschenrechtspolitik in Osteuropa, einschliesslich der Sowjetunion, einzusetzen. Nachdem offizielle westliche Proteste regelmässig als "unerlaubte Einmischung in die inneren Angelegenheiten" zurückgewiesen wurden, kam den Vorstössen von Nichtregierungsorganisationen und namentlich der Helsinki-Gruppen umso grössere Bedeutung zu.

Rudolf Friedrich suchte den direkten Dialog und nahm im Februar 1988 mit zwei weiteren Mitgliedern der SHV im Rahmen einer Delegation der Internationalen Helsinki Föderation (IHF) an einer Reise nach Moskau teil, wo es knapp zwei Jahre vor dem Berliner Mauerfall erstmals zu offiziellen Gesprächen mit Vertretern von Ministerien, offizieller gesellschaftlicher Organisationen, informeller Gruppen und mit einzelnen Dissidenten kam. Höhepunkt war für die Schweizer Gruppe ein Treffen mit Prof. Andrej Sacharow, bis zu seinem Tod Ehrenpräsident der SHV. Themen waren neben Reformen im Straf- und Prozessrecht, der Frage politischer Gefangener, der Religions- und Meinungsäusserungsfreiheit auch die Behandlung kultureller und nationaler Minderheiten.

Die SHV arbeitete eng mit dem EDA zusammen; einzelne Mitglieder nahmen an OSZE-Konferenzen als Experten in den offizi-

ellen schweizerischen Delegationen teil (eine unabhängige Teilnahme von NGOs ist erst seit 1992 möglich).

Mit seinem aussenpolitischen Gespür nahm Rudolf Friedrich die nahende Wende früh wahr und richtete die Vorgehensweise der SHV zunehmend auf die neue Situation aus. Nach dem Mauerfall in Berlin am 9. November 1989 war ihm bewusst, dass das OSZE-Prinzip der Zusammenarbeit eine neue Dimension bekommen hatte und der Aufbau der neuen Demokratien zur gesamteuropäischen Herausforderung und Aufgabe geworden war. "Gelingt dieser Aufbau nicht", so hielt er in einem Dokument vom Januar 1993 fest, "so sind auch Fortschritte bei den Menschenrechten gefährdet." Unter seiner Leitung legte die SHV ab 1990 ihre Prioritäten neu fest: Sie führte in der Schweiz sog. Erfahrungseminare für Gemeindebehörden und Lokalpolitiker durch, bei denen Lösungsmodelle für öffentliche Aufgaben auf Gemeindeebene (Verwaltung, Schulen, Polizei, Umweltschutz etc.) vorgestellt wurden. Die Bedürfnisse wurden vor Ort abgeklärt, die Umsetzung der Ergebnisse begleitet, z.T. mit Folgeeminaren. Seit 1990 wurde je ein Kurs für Ungarn und die damalige Tschechoslowakei sowie für Rumänien organisiert. Später kam Bulgarien hinzu. Die Beteiligung an diesen Seminaren war gross und ihre Ergebnisse wurden vor Ort oftmals erstaunlich effizient verwirklicht. Erst nach 2000 im Lauf der EU-Beitrittsverhandlungen dieser Länder fiel das Interesse an der Beratung der Schweiz als Nichtmitglied der EU spürbar ab.

Die Seminare wurden jeweils auch theoretisch untermauert durch einen sog. Grundlagen-Transfer: neben der Übermittlung

von Verfassungs- und Gesetzestexten publizierte die SHV ein eigenes "Brevier für Demokratie", das in mehrere osteuropäische Sprachen und zuletzt noch auf Englisch übersetzt wurde.

Die SHV verstärkte unter Rudolf Friedrich auch ihre Öffentlichkeitsarbeit mit Vortragsveranstaltungen, Zeitungsartikeln, Rundbriefen, um das Verständnis für die OSZE und vor allem für deren Verpflichtungen aus der "Menschlichen Dimension" zu fördern. Sie setzte sich weiterhin für einzelne Fälle in Ost- und Westeuropa ein, in denen Menschenwürde und Menschenrechte verletzt wurden.

Rudolf Friedrich hat die Weiterentwicklung der SHV auch nach seinem Rücktritt als Präsident mit lebhaftem Interesse verfolgt, zuerst noch einige Jahre im Vorstand. Vorab unsere Tätigkeit mit Jugendseminaren in Serbien und in Bosnien und Herzegowina hat er begrüsst und unterstützt.

Uns bleibt, wenn wir jetzt von einem die SHV prägenden Mentor und stets ermutigenden und verständnisvollen Gesprächspartner Abschied nehmen müssen, unseren tief empfundenen Dank auszudrücken, dass er in den langen Jahren seiner Präsidentschaft die SHV in eine Richtung geführt hat, die ihren Weiterbestand bis heute gewährleistet und ihr die Möglichkeit bietet, auch in Zukunft für neue Aufgaben offen zu bleiben. Er und sein Wirken werden unvergessen bleiben.

Marianne von Grünigen

OSZE 2014 UNTER SCHWEIZER VORSITZ

Was macht eigentlich die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Wien? Um es vorwegzunehmen: sie tut so viel, dass eine Aufzählung der Tätigkeitsbereiche den Rahmen dieses Artikels sprengen würde. Es seien hier also nur die grossen Linien, gewissermassen die Einsatzphilosophie, der OSZE besprochen.

Zuerst der Versuch einer Typologisierung im Vergleich zu anderen internationalen Organisationen im Menschenrechts- und Sicherheitsbereich. Herausragende Merkmale sind das Konsensprinzip der Entscheidungsfindung. Dies bedeutet ein eigentliches Vetorecht für jeden Teilnehmerstaat. Ähnlich wie im schweizerischen Politikbetrieb wird viel Energie für Konsensfindung aufgewendet. Ist eine Einigung mal erzielt, kann die Umsetzung relativ rasch erfolgen. Die Suche nach Konsens, mit Überzeugung, mit guten Argumenten, mit diplomatischer Flexibilität und unterschiedlichen Werkzeugkasten ist denn auch die hauptsächliche Führungsaufgabe eines Vorsitzlandes – und nicht etwa die Entscheidungsgewalt aus der Vorsitzrolle heraus.

Historisch betrachtet ist die OSZE ein Kind des kalten Krieges. Was mit der Helsinki-Schlussakte 1975 als ein Katalog von minimalen Verhaltensregeln zur Vertrauensbildung zwischen Ost, West und dem Lager der Neutralen und Nichtgebundenen begann, erfuhr mit dem Ende des Eisernen Vorhangs 1989-1991 einen Paradigmenwechsel. Nicht mehr die gegenseitig akzeptierte Systemkonkurrenz stand im Vordergrund, sondern die Unterstützung von Transformationsgesellschaften hin zum neuen Mainstream der nördlichen Hemisphäre: Demokratie, pluralistische Gesellschaften mit pluralen politischen Parteien und Rechtsstaatlichkeit. Eine Herkulesaufgabe für Generationen, deren Zielerfüllung noch nicht absehbar ist. Erfolge sind jedoch unverkennbar. Transformationsländer sind inzwischen zu EU-Mitgliedstaaten geworden. Die Konflikte auf dem Balkan sind

wieder dorthin zurückgekehrt, wo sie hingehören: an den Verhandlungstisch. Andere Konflikte schwelen weiter, als sogenannte eingefrorene Konflikte in Moldawien und im Südkaukasus. Hier bleibt noch viel zu tun.

Im politisch-militärischen Bereich sind konventionelle Rüstungskontrolle und verschiedene vertrauensbildende Instrumente wie die gegenseitige Ankündigung von Manövern der Streitkräfte, das Open-Sky-Abkommen (offener Luftraum zur unangemeldeten Überwachung von Verschiebungen von Streitkräften) auch in einem im Vergleich zu früher weniger hochgerüsteten atlantisch-eurasischen Raum weiterhin unverzichtbar. Auch die Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen wie Terrorismus oder Drogenhandel sind wichtig. Ziel des Schweizer Vorsitzes wird es sein, die Instrumente der OSZE zu modernisieren und nach Möglichkeit der aktuellen technologischen Entwicklung anzupassen.

In der menschlichen Dimension besteht nicht in erster Linie Bedarf an zusätzlichen Verpflichtungen, dafür gibt es umso stärkere Umsetzungsdefizite. Die Menschenrechtsverpflichtungen, die sich die OSZE Teilnehmerstaaten in freiwilliger, konsensgestützter Weise auferlegt haben, gehen in die Hunderte. Sie prinzipientreu umzusetzen und ihnen im nationalen Kontext legislativ und prozedural nachzuleben, ist die hauptsächliche Herausforderung. Und genau hier will der Schweizer Vorsitz anknüpfen und Methode und Bewusstsein für eine bessere Im-

plementierung der Grundsätze in der menschlichen Dimension schärfen.

Die wirtschaftliche und die Umweltsicherheit werden in der OSZE als massgebliche Komponenten von Stabilität verstanden. Die OSZE fördert entsprechend die Zusammenarbeit der Teilnehmerstaaten bei der gemeinsamen Nutzung natürlicher Ressourcen, wie zum Beispiel grenzüberschreitende Projekte zum Gewässerschutz in Zentralasien. Während dem kommenden Vorsitzjahr der Schweiz soll das Thema der Reduzierung von natürlichen und von Menschen verursachten Katastrophen vorrangig diskutiert werden. Dabei steht explizit die Erkenntnis im Vordergrund, dass Schäden an der Natur ein Destabilisierungspotential haben und somit sicherheitsrelevant sind.

Diese Beispiele aus den drei Dimensionen sind typisch für die Einsatzdoktrin der OSZE, nämlich ein ganzheitliches und umfassendes Verständnis von Sicherheit, wo Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Wirtschaft und Umwelt mit den klassischen Sicherheitskomponenten wie Polizei und Streitkräften verzahnt werden.

Ein herausragendes Merkmal der OSZE ist die konsequente Einbindung der Zivilgesellschaft bei der Evaluierung der Fortschritte zur Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen. Wie in anderen internationalen Gremien ist die offene Rolle der Nichtregierungsakteure den Regierungen manchmal ein Dorn im Auge. Es ist jedoch bisher als Folge kollektiver Einsicht gelungen, die Zivilgesellschaft mit an Bord zu haben, wie es anlässlich der jährlich stattfindenden Evaluierungskonferenz in Warschau anfangs Oktober (Human Dimension Implementation Meeting) einmal mehr vor Augen geführt wurde.

Die OSZE verpasste sich drei unabhängige Kontrollinstanzen (Demokratisierung, Medienfreiheit, nationale Minderheiten) welche die Umsetzung der Verpflichtungen im Menschenrechtsbereich überwachen und Verfehlungen aufzeigen sollen. Hier kommt ein weiteres Instrumentarium der OSZE zum Tragen, wonach jeder Mitgliedstaat ein x-beliebiges Menschenrechtsergebnis in einem anderen Mitgliedstaat zum Thema einer Debatte machen kann. Sicher, dies führt manchmal zu gehässigen Schlagabtauschen, aber eben häufig auch zu einem Überdenken oder zur Klärung von Positionen.

Als letzter Punkt ist die Feldpräsenz der OSZE zu erwähnen. Nicht nur ist sie die personalintensivste direkte Unterstützungsmassnahme in Transformationsländern, sie ist auch der Grund dafür, dass das Akronym OSZE in vielen Ländern Ost- und Südosteuropas, in Zentralasien und im Südkaukasus zu einem Begriff geworden ist, den sprichwörtlich die Leute auf der Strasse kennen. Es ist verständlich, dass die OSZE in der Schweiz weniger bekannt ist, da es keine Präsenz der OSZE in der Schweiz gibt. Der Organisation vorzusitzen und sie ein Jahr lang zu navigieren ist jedoch die unmittelbare Umsetzung einer aussenpolitischen Zielsetzung der Schweiz. Es ist übrigens der zweite Schweizer Vorsitz. Erstmals hatte die Schweiz die Funktion 1996 übernommen. 2014 wird der Vorsitz zum ersten Mal in enger programmatischer Absprache mit dem nachfolgenden Vorsitzland, Serbien, ausgeübt. Dies beinhaltet die Chance, die beiden konsekutiven Vorsitze umso nachhaltiger zu machen.

Dr. Roland Bless
Informationsbeauftragter,
ständige Vertretung der Schweiz
bei der OSZE, Wien

BEITRAG DER SHV ZUM OSZE-VORSITZ DER SCHWEIZ 2014

Allenthalben konkretisieren sich die Projekte der Regierung und der Nichtregierungsorganisationen in der Schweiz zur Unterstützung des zweiten Vorsitzes unseres Landes bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im kommenden Jahr, diesmal in engem Verbund mit Serbien, das dieses Amt 2015 übernehmen wird.

Auch die SHV plant Aktivitäten, die auf diese Konstellation der OSZE-Präsidentschaft ausgerichtet sind. Sie wird sich im Rahmen ihrer Zielsetzungen insbesondere auf vier Aktivitäten konzentrieren.

Im Zentrum steht das Projekt eines **Seminars mit Jugendlichen aus Serbien und der Schweiz** zu Themen, an denen die OSZE arbeitet und die für den schweizerischen Vorsitz und für Serbien von besonderer Bedeutung sind. Geplant ist während der schweizerischen Präsidentschaft ein Seminar in Serbien und während der serbischen Präsidentschaft eine Fortsetzung in der Schweiz, allenfalls mit einem erweiterten Teilnehmerkreis. Angesichts der Probleme, die sich in Serbien auch für die Jugendlichen stellen, sollen in verschiedenen Workshops Fragen der Konfliktvorbeugung und -lösung durch friedensfördernde Massnahmen, der Stellung nationaler und anderer Minderheiten, der Rolle der Zivilgesellschaft, insbesondere im Verhältnis zu politischen und behördlichen Instanzen, sowie Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit in Bezug auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte stehen. Wie bei unsern Seminaren üblich, werden die Workshops von je einem schweizerischen und einem serbischen Leiter oder Leiterin gemeinsam moderiert. Von Anfang an sollen die Fragen und Anliegen der Jugendlichen in

die inhaltliche Planung einbezogen werden. Zu diesem Zweck werden wir demnächst Serbien besuchen und mit interessierten Jugendlichen Kontakt aufnehmen.

Des Weiteren werden wir in der Schweiz verschiedene **Schulen besuchen** und den Schülerinnen und Schülern darlegen, was die OSZE ist und welche Ziele sich die Schweiz für ihren Vorsitz vorgenommen hat. Wir hoffen, damit zur besseren Kenntnis dieser Organisation und unserer dort verfolgten Aussenpolitik auch der jungen Generation beizutragen.

Unsere öffentliche **Jahresveranstaltung am 20. März 2014** in der Universität Bern werden wir dem **Thema Minderheiten** widmen, einem Thema, das die Schweiz seit je im Rahmen der KSZE/OSZE massgeblich gefördert hat (u.a. an der OSZE-Menschenrechtskonferenz von 1990 in Kopenhagen und mit der OSZE-Konferenz über Minderheiten von 1991 in Genf) und das auch jetzt wieder an Aktualität gewinnt, vor allem, seit der scheidende OSZE-Hochkommissar für Nationale Minderheiten (HCNM) in seiner Broschüre zu den Ljubljana Richtlinien über Integration unterschiedlicher Gesellschaften 2012 neue Aspekte des bekannten Themas erläutert hat (vgl. www.osce.org/HCNM).

Schliesslich nehmen wir an der **NGO-Arbeitsgruppe OSZE** teil, die Positionen zu ausgewählten Themen vorab der "Menschlichen Dimension" der OSZE erarbeitet, im Hinblick auf die NGO-

Konferenz vor der OSZE-Ministerkonferenz im Dezember 2014 in Basel.

Marianne von Grünigen

„WIE DEMOKRATIE IN DER ZIVILGESELLSCHAFT BEGINNT“

Jetzt sind die Teilnehmenden des SHV-Jugendseminars, das in Solothurn zwischen dem 11. und 15. September stattfand, an verschiedene Orte von Bosnien und Herzegowina (BiH) sowie der Schweiz zurückgereist. Sie haben Vieles nach Hause mitgenommen – neue Einsichten, Erfahrungen, Kontakte, aber insbesondere drei entworfene Projekte, die sie in ihrem aktuellen Umfeld umsetzen wollen. Bei uns haben sie vor allem einen starken, ermutigenden Eindruck hinterlassen. Diese engagierten Jugendlichen haben darauf hingedeutet, wie Demokratie in der dortigen und hiesigen Zivilgesellschaft tatsächlich verwirklicht und gelebt werden kann.

Das Hauptthema des Seminars 2013 war die Rolle der aktiven BürgerIn im Alltag. In früheren Seminaren hatten wir mit Teilnehmenden schon darüber diskutiert, wie der Zustand der Demokratie in einem Rechtsstaat letzten Endes vom Staatsvolk abhängt, welches sich am Gemeinwohl orientiert und sich dafür im politischen Leben einsetzt, sowie darüber, was Demokratie in verschiedenen gesellschaftlichen Zusammenhängen bedeutet und welche Möglichkeiten für konstruktives Engagement erfolgversprechend sein könnten.



Begrüssung durch den Solothurner Stadtpräsidenten Kurt Fluri, im Bild mit Dr. Marianne von Grünigen, Präsidentin SHV

Unser Hauptziel dieses Jahr war, sich mit den aktuellen, berechtigten Anliegen einer kleineren Gruppe von jungen AktivistInnen (9 BosnierInnen sowie 5 SchweizerInnen, meistens aus den bisherigen Teilnehmenden ausgewählt) auseinanderzusetzen. Diese sind bereits für Nichtregierungsorganisationen, in der Kommunalpolitik, und /oder als JournalistInnen für die von der SHV unterstützten Zeitschrift SENZOR aktiv, und wir wollten ihre Bemühungen durch einen Versuch zum Thema Demokratisierung ‚from the bottom up‘ konkret fördern.

Die einzelnen Workshops des Seminars in Solothurn waren darauf ausgerichtet, die Grundzüge künftiger zivilgesellschaftlicher Aktivitäten gemeinsam auszuarbeiten. Sie bestanden aus einer Kombination von Brainstorming, Untergruppen, Fallbeispielen und thematischen Diskussionen, aber in allen "Formats" drehte es sich darum, wie die bosnischen Jugendlichen ihre Anliegen formulieren und in die Öffentlichkeit einbringen können (und

zwar ausserhalb der überwiegenden Kontrolle der Politik durch Parteien und Persönlichkeiten). Wir versuchten sie zu ermutigen, selbstständig zu handeln, und zu einem guten Resultat anzuregen, ohne dieses (nach unserer Maxime der Nichteinmischung) selbst zu bestimmen. Die Teilnehmenden zeigten sich von diesem Versuch und Ansatz begeistert und haben sich über die drei Arbeitstage wirklich angestrengt, ein oder mehrere Projekte nach den sog. SMART-Kriterien (d.h. ‚specific, measurable, achievable, realistic, and time limited‘) zu entwerfen. Im Gegensatz zu den meisten ihrer Repräsentanten verhielten sich die BosnierInnen, die sowohl aus der Föderation als auch aus der Republika Srpska kamen, offen und tolerant gegenüber zwischenethnischem Dialog über heikle Anliegen, was eine lebhaft Auseinandersetzung und eine produktive Zusammenarbeit ermöglichte. Das politische Ideal von der Integration aller Betroffenen, von Meinungsfreiheit und -vielfalt, sowie von angemessener und konsensorientierter ‚Deliberation‘ wurde von ihnen beispielhaft verwirklicht.



Besuch im Radio X, Basel

Zur Behandlung ihrer Anliegen diente die Schweiz als Bezugspunkt; Strukturen und Erfahrungen hierzulande mit einer Demokratie, die von unten nach oben funktionieren sollte, boten eine vergleichende Perspektive an. Dabei war die Beteiligung der ausgezeichneten schweizerischen Jugendlichen besonders hilfreich; diese konnten aus eigener Erfahrung Ideen zu den Diskussionen beitragen. Ferner erwiesen sich Gespräche in Bern, Basel und Solothurn mit Repräsentanten der Regierungen (d.h. dem Basler Regierungspräsidenten Guy Morin und dem Grossratspräsident Conradin Cramer, sowie dem Solothurner Stadtpräsidenten Kurt Fluri) und mit Repräsentanten der Zivilgesellschaft (d.h. dem Berner Jugendzentrum Gaskessel, dem Dachverband der Schweizerischen Jugendparlamente, sowie dem Basler Radio X, das kürzlich den Basler Integrationspreis bekam) als ein-sichtsstiftend, und sie erweiterten die Perspektiven der bosnischen Teilnehmenden deutlich. Die dort geschilderten Erfolge – aber auch Schwierigkeiten – mit Vielfalt, Konkordanz und Föderalismus etc. zeigten, dass die Ideale Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in der alltäglichen Realität über-

all eine dauernde Herausforderung darstellen, und dass kein Land sich bzgl. deren Zustands selbstzufrieden geben sollte.

Im Schlussplenar stimmten die bosnischen Teilnehmenden den drei folgenden Projekten zu. Sie möchten zuerst friedliche Kampagnen zur Umsetzung wichtiger Forderungen des vor drei Jahren verabschiedeten nationalen Jugendgesetzes (wie die Schaffung von Jugendräten in den Städten und Dörfern und die Vernetzung der Jugendlichen über Städtepartnerschaften) organisieren; ferner Lokalradios, die von Jugendlichen zur Verbreitung der Anliegen ihrer Generation betrieben werden, gründen, und schliesslich Jugend- und Kinder camps aus allen Bevölkerungsteilen mit thematischen Zielsetzungen (wie die Förderung von Umweltschutz und erneuerbaren Energien) abhalten. Die Jugendlichen haben damit klar gemacht, dass sie nicht nur über Demokratieförderung lernen, sondern auch die Lehren nach der Heimkehr teilen und anwenden wollen. Die Ziele aller Projekte sind, weitere bosnische Jugendliche politisch zu mobilisieren, diese zur Zusammenarbeit über ihre ‚Grenzen‘ zu bringen, sowie Kontakte zwischen ihnen aufzubauen, um ein harmonisches und gerechtes Zusammenleben unter den ethnischen Gruppierungen zu gestalten.

Trotz des Erbes des bewaffneten Kriegs in ihrem Land in den 90er Jahren und der desillusionierenden Fortsetzung politischer Konflikte heutzutage, gibt es doch einen ‚Balkan‘ mit Mut und Zuversicht: BosnierInnen wie unsere Gäste setzen sich persönlich für die Zukunft ihres Landes ein. In solchem ‚sozialen Kapital‘ scheint sich erhebliches Potential für Demokratieförderung in Bosnien und Herzegowina zu finden. Wir werden sie nun gerne, trotz der Ferne, weiterhin unterstützen, um auf dem beachtlichen Ergebnis des Seminars aufzubauen.

P.S. Seit dem Ende des Seminars haben die bosnischen Teilnehmenden an den entworfenen Projekten weitergearbeitet und eine erste Rückmeldung ist bereits eingetroffen, die wir kommentieren werden.

Malcolm MacLaren
Co-Leiter Jugendseminar
SHV-Vorstandsmitglied &
Habilitation, Rechtswissenschaftliche Fakultät
Universität Zürich

NEUES PROJEKT ALS GARANTIE FÜR DIE WEITERE ZUSAMMENARBEIT MIT UNSEREN SCHWEIZER FREUNDEN*

Das Omladinski Centar Jajce (Jugendzentrum Jajce) ist eine Organisation, die mit zahlreichen Partnerorganisationen in ganz Europa in Kontakt steht und jedes Jahr ihre Flügel weiter ausbreitet. In den letzten zwei Jahren hat das Jugendzentrum vor allem eine enge Zusammenarbeit mit der renommierten Schweizerischen Helsinki Vereinigung für Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte entwickelt, welche in vielen Ländern für ihre Arbeit bekannt ist.

Die Struktur der Schweiz könnte als Musterbeispiel dienen, welchem Bosnien und Herzegowina folgen sollte.

Die schweizerische Helsinki Vereinigung unterstützt heute die Arbeit der Zeitschrift SENZOR; des Weiteren wurden in Zusammenarbeit mit dem Omladinski Centar in den letzten zwei Jahren zwei internationale Seminare organisiert – eines in Jajce und das zweite in der Schweiz.

An den Seminaren haben junge Leute – Studenten aus Bosnien und Herzegowina und der Schweiz – teilgenommen, welche in mehreren Arbeitsgruppen über die gesellschaftlich-politische Situation in Bosnien und Herzegowina, mit fallweisen Vergleichen über die Verfassungsgesetzgebung Bosnien und Herzegowinas und der Schweiz, über Menschenrechte und die Pressefreiheit in beiden Ländern diskutiert haben. Motiviert durch die guten Ergebnisse, welche aus den zwei vergangenen Seminaren hervorgegangen sind, hat die Leitung der Schweizerischen Helsinki Vereinigung entschieden, ein drittes Seminar zu organisieren, welches vom 11. bis 15. September in der Stadt Solothurn im Nordwesten der Schweiz abgehalten wurde. Bei dem diesjährigen Seminar haben rund 20 Personen, Jugendliche aus Bosnien und Herzegowina und der Schweiz, teilgenommen. Das Hauptthema des Seminars war "Demokratie beginnt in der Zivilgesellschaft", womit ein demokratischer Staatsaufbau "von unten nach oben" mit weitgehender Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger angesprochen wurde, wie er in der Schweiz Tradition hat.

Junge Bosnier und Herzegowiner und ihre Schweizer Kollegen hatten während des Seminars die Möglichkeit, von Experten aus den Bereichen Menschenrechte, Demokratie, Verfassungsrecht

und Völkerrecht zu lernen. Das Seminarprogramm wurde von Marianne von Grünigen geleitet, ehemalige Botschafterin der Schweiz.



Samir Beharic

Die Anregungen und Tipps, welche Marianne von Grünigen mit den Teilnehmenden des Seminars geteilt hat, sind von unermessbarem Wert und zeugen von ihrer langen Erfahrung in der Diplomatie. Kompetent wurde sie unterstützt von den Vorstandsmitgliedern der Helsinki Vereinigung Malcolm MacLaren, Berry Kralj und Hanspeter Spörri. Dank dem vielseitigen Engagement und den guten Beziehungen war es für uns möglich, auch Gespräche mit führenden Politikern zu führen.

Das jährliche Budget Basels ist sechs mal höher als das dreijährige Budget Bosnien-Herzegowinas.



Der Empfang im Rathaus Basel mit der Fahne aus der Heimat freut die Seminarteilnehmenden besonders.

Das Rathaus, Sitz des Parlaments und der Regierung des Kantons Basel-Stadt, in welches die Teilnehmer des Seminars eingeladen waren, ist der Ort, an welchem die wichtigsten Entscheidungen des Kantons gefällt werden. Das jährliche Budget dieses Kantons ist ganze 4 Milliarden Schweizer Franken 'schwer', was soviel wie 6,3 Milliarden KM sind. Das Budget für Bosnien und Herzegowina von 2012-2014 beträgt nur 950 Millionen KM, welches den enormen Unterschied allein eines schweizerischen Kantons und des ganzen Landes Bosnien und Herzegowina aufzeigt. Neben dem Präsidenten des Grossen Rates und dem Regierungspräsidenten dieses Kantons konnten die Teilnehmenden des Seminars in Basel auch das unabhängige Radio X besuchen. Tags zuvor trafen sie mit dem Generalsekretär des Dachverbandes der Jugendparlamente der Schweiz zusammen und wurden im Jugendzentrum der Schweizer Hauptstadt Bern von dessen Leiter empfangen.

Als Resultat des Seminars wurde ein Projekt entwickelt, welches während des Seminars von den Teilnehmenden vorgeschlagen wurde und im nächsten Jahr implementiert werden soll.

Sicher ist, dass das Projekt dazu dienen wird, die Zusammenarbeit der Schweizerischen Helsinki Vereinigung für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte und des Jugendzentrums Jajce aufrecht zu erhalten.

*Samir Beharic, Journalist bei SENZOR, seit WS 2013/14
Stipendiat in Berlin*

* Es handelt sich um die leicht gekürzte deutsche Übersetzung eines Artikels in SENZOR vom Oktober 2013, der uns freundlicherweise von der Redaktion zur Verfügung gestellt wurde.

ÜBERLEGUNGEN ZUM SEMINAR IN SOLOTHURN VOM SEPTEMBER 2013

Als das erste Seminar der Schweizerischen Helsinki Vereinigung zum Thema "Unser Staat, unsere Gesellschaft - unser Weg?" 2011 in Jajce/BiH stattfand, konnte ich mir nicht vorstellen, dass wir am Ende ein Projekt in Händen hielten, das für unsere Gesellschaft geeignet und hoffentlich auch nachhaltig ist. Mit der Fortsetzung unserer Arbeit, zuerst 2012 in Kappel und schliesslich 2013 in Solothurn, erhielt die Idee von Jajce ihre wahre Form und wird hoffentlich in naher Zukunft umgesetzt.

Das Seminar in Solothurn zum Thema "Demokratie beginnt in der Zivilgesellschaft" war wirklich anders, indem es auf die Teilnehmenden abstellte und diese provozierte, Ideen zu entwickeln und an ihnen zu arbeiten, bis ein tragfähiger Projektentwurf entstand. Die Diskussionen, begleitet von Präsentationen von erfahrenen Persönlichkeiten aus den Bereichen Jugendarbeit, Politik und Journalismus, sowie Besuche in Bern und Basel ergaben ein Seminar, das wirklich sichtbare Ergebnisse brachte in Form eines Projektentwurfs, der in der folgenden Zeitspanne entwickelt werden soll. Die vorgeschlagene Idee war ein Programm mit drei verschiedenen Aktivitäten: Kampagnen für Jugendpolitik, Gründung eines Lokalradios und Organisation eines Jugendcamps, um Ideen interethnischer Kommunikation sowie der Einbeziehung und Aktivierung der Jugend in der Zivilgesellschaft zu fördern.

Der Teil des Programms, der mich besonders interessiert, ist das Jugendcamp, denn es basiert auf drei Themen, die zu den wichtigsten in Bosnien gehören: Mitwirkung der Jugend in der Zivilgesellschaft, Qualität der Erziehung und Arbeitslosigkeit.

Die Menschen in Bosnien und Herzegowina wissen es; nicht allen, die über das Seminar lesen, an dem wir teilnahmen, wird jedoch bekannt sein, dass es Jugendlichen in Bosnien und Herzegowina an Möglichkeiten fehlt, eine Arbeit zu finden, sogar wenn sie ihre Universitätsstudien abgeschlossen haben, nicht zu reden von jenen, die weniger qualifiziert sind. Das Niveau der Jugendarbeitslosigkeit gehört gemäss statistischen Angaben zu den höchsten in Europa. Das bedeutet, dass die Jugendlichen von den Eltern abhängig bleiben und folglich in ihrer beruflichen und sozialen Entwicklung stagnieren. Selbständigkeit der jungen Menschen heisst, dass sie ihr Elternhaus verlassen, eine Stelle antreten, eine Familie gründen, wenn sie dies wollen, eine Wohnung und einen würdigen Übergang zur Welt der Erwachsenen finden. Dies zu erreichen, ist extrem schwierig für Jugendliche in Bosnien und Herzegowina, um nicht zu sagen unmöglich. Aus denselben Gründen haben Jugendliche auch keine Möglichkeit, eine Stelle ausserhalb des Staates zu suchen. Ein anderer Grund, weshalb Jugendliche keine Arbeit in lokalen und internationalen Unternehmen erhalten, ist das Fehlen praktischer Erziehung. Wie unsere Schweizer

Kollegen während der Diskussionen erklärten, hat ihr Erziehungssystem den Schwerpunkt auf praktisches Lernen aufgrund der Schullektionen gelegt, so dass Studenten in der Lage sind, nach ihren Studien zu arbeiten. Dies ist nicht der Fall in Bosnien und Herzegowina.



Irma Husic

Mit Blick auf diese drei Themen scheint mir die Idee eines Jugendcamps, zusammen mit den zwei andern geplanten Aktivitäten, eine gute Betätigung für Jugendliche zu sein, um in der Zivilgesellschaft aktiv zu werden, um praktische Erfahrung zu erwerben in dem Bereich, in dem sie studieren oder studieren wollen, und vor allem, um andere junge Menschen in ihrem Land kennen zu lernen und Vorurteile zu überwinden. Nach meiner Meinung würde das Jugendcamp offenstehen für Jugendliche im Alter von 13 bis 18 Jahren, die das Gymnasium besuchen oder dies in ein bis zwei Jahren tun werden. Ein solches Camp würde nicht nur einen sozialen, sondern auch einen erzieherischen Wert haben. Die Idee ist, ein Programm zu erstellen. das Ju-

gendliche aus verschiedenen Teilen des Landes anzieht. Wissenschaftliche Workshops auf dem Gebiet der Naturwissenschaften sollten die jungen Menschen fördern, da sie in den Schulen wenig bis keine Möglichkeiten haben, naturwissenschaftliche Kenntnisse zu erwerben. Themen könnten beispielsweise sein, eine Installation für Sonnenenergie zu bauen, den Prozess der Wiederverwertung (Recycling) zu verfolgen, Wälder auf ihre Flora und Fauna zu erforschen. Diese Tätigkeiten könnten den Jugendlichen Einblick in gewisse Bereiche der Wissenschaft gewähren und sie ermutigen, ihre Studien auf naturwissenschaftliche Fächer auszurichten sowie ihre Karrieren auf Gebiete zu lenken, die der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes dienen. Das Camp würde auch Besuche bei lokalen Institutionen, bei der Polizei und der Feuerwehr umfassen und sportliche Aktivitäten anbieten, um einen gesunden Lebensstil zu fördern, was in diesem Alter sehr wichtig ist.

Die übergeordnete Idee des Jugendcamps ist indessen, neben seiner erzieherischen und professionellen Werte vorab Themen in den Vordergrund zu rücken, die entscheidend sind für die bosnische Gesellschaft, nämlich Jugendlichen aus verschiedenen Gegenden des Landes, namentlich aus ethnisch "homogenen" Gemeinwesen, die Gelegenheit zu bieten, sich zu treffen und zusammen an einem Projekt gemeinsamen Interesses zu arbeiten, dabei den Beweis zu erbringen, dass sie viel mehr Gemeinsamkeiten mit "Andern" haben als ihnen bisher gesagt und in ihrer Kindheit beigebracht wurde. Die Konzentration auf Dinge, die sie gemeinsam haben, führt zum Beweis, dass Unterschiede zwischen ihnen sie nicht trennen müssen. Diese Methode gründet in der Pädagogik und würde mit Bestimmtheit besser entwickelt und erklärt von erfahrenen Experten in diesem Bereich. Ich hoffe ernsthaft und glaube, dass eine Gruppe enthusiastischer Menschen, die an den Seminaren der Schweizerischen Helsinki Vereinigung teilnahmen, ihre Kräfte für dieses Projekt bündeln und so zu einer positiven Wende in unserer Gesellschaft beitragen könnten.

Irma Husic
Teilnehmerin aus Mostar

WECHSEL IM VORSTAND

Zwei neue Vorstandsmitglieder



Christoph Lanz

Christoph Lanz wurde 1948 in Basel geboren, ist verheiratet und hat drei Kinder. Er ging in Basel zur Schule und schloss sein Studium der Rechtswissenschaft an den Universitäten Basel

und Genf 1971 mit dem lic.iur. ab. Von 1972-1974 war er Assistent von Prof. Peter Saladin an der Universität Basel. 1975 promovierte er an der Universität Bern zum Dr. iur. Von 1977-1979 studierte er an der Harvard Law School/USA und promovierte zum Master of Laws (LL.M). Es folgten 1980-1982 zwei Jahre als Oberassistent von Prof. Jörg Paul Müller an der Universität Bern, bevor er 1982 in die Parlamentsdienste der Bundesversammlung eintrat. 1992 wurde er zum Sekretär des Ständerates und Leiter der wissenschaftlichen Dienste sowie als Mitglied der Geschäftsleitung der Parlamentsdienste gewählt, 2005 zum stellvertretenden Generalsekretär der Bundesversammlung. Von 2008 bis zu seiner Pensionierung im vergangenen Sommer war er Generalsekretär der Bundesversammlung. In dieser Funktion war er Leiter der Parlamentsdienste (Verwaltung des Nationalrates und des Ständerates), verantwortlich für die Organisation der Sitzungen des Parlaments und seiner Kommissionen sowie für die Beratung und Unterstützung der Präsidien und der Ratsmitglieder in allen parlamentarischen Aktivitäten. Ihm oblag die

Begleitung der Ratspräsidenten und von Delegationen bei Besuchen ausländischer Parlamente. Er war Mitglied der ASGP (Association des secrétaires généraux des Parlements) und nahm an Konferenzen in der Schweiz und im Ausland teil. Seit 2006 ist er Dozent für Parlamentsrecht an der Universität Bern.



Berry Kralj

Berry Kralj hat in Zürich seine rechtswissenschaftlichen Studien mit dem lic.iur. abgeschlossen. Gegenwärtig ist er Adj. Professor für Völkerrecht bei der Syracuse University in Strassburg und unabhängiger Berater für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Seine Karriere startete er als Untersuchungsrichter im Kanton Aargau; kurz danach wurde er in den Expertenpool des EDA aufgenommen. Als die OSZE das Amt eines Sonderbeauftragten zur Bekämpfung des Menschenhandels schuf, wurde er zum Stabschef der ersten Sonderbeauftragten, der österreichischen Ministerin Dr. Helga Konrad, berufen und trug von 2004-2006 wesentlich zum Aufbau dieses neuen Amtes

bei. Von 2006-2007 leitete er die Abteilung für Rechtsstaatlichkeit im OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) in Warschau, bevor er 2007-2010 Berater des Kommissars für Menschenrechte des Europarates und Chef

der Abteilung für Südosteuropa in dessen Büro wurde. Überdies übte er im Rahmen der OSZE und des Europarates verschiedene leitende Funktionen aus, u.a. in Kosovo, Montenegro und andern Staaten Südosteuropas, im Südkaukasus und in Zentralasien.

Ein Rücktritt

Christian Sager, Dr. iur. der Universität Bern, hat nach seiner Rückkehr aus Cambridge/UK, wo er 2012 zum Master of Laws promovierte, eine Stelle im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement angetreten, die ihn voll ausfüllt. Zudem ist er Vater eines Sohnes geworden. So hat er aus beruflichen und familiären Gründen unsern Vorstand mit der für ihn typischen Begründung verlassen, "keine halben Sachen machen" zu wollen. Er bleibt uns aber weiterhin für allfällige temporäre Aufgaben verbunden. Wir danken Christian Sager sehr herzlich für seinen unermüdlichen, einfallsreichen und praktischen Einsatz für die SHV seit 2007. Er leitete Workshops unserer Jugendseminare in Serbien, Bosnien und Herzegowina und der Schweiz, verfasste sachlich fundierte und spannende Artikel für unsern Rundbrief und half bei der Planung unserer Jahresveranstaltungen und unserer Seminare mit Rat und Tat aktiv mit. Wir wünschen ihm Glück und Erfolg für seine Zukunft.

Marianne von Grünigen

SPENDENAUFRAF

Dass wir unser Jugendseminar in Solothurn durchführen konnten, verdanken wir den grosszügigen Spenden, die wiederum von unseren treuen Gönnern und Förderern gekommen sind. Wir bedanken uns sehr herzlich. Denn ohne Sie alle könnten wir unsere Tätigkeiten nicht weiterführen.

Wie Sie dem Rundbrief entnehmen können, haben wir auch für 2014 verschiedene Aktivitäten geplant, die hauptsächlich in den Rahmen des schweizerischen Vorsitzes bei der OSZE im kommenden Jahr und der serbischen Nachfolge 2015 gestellt werden sollen. Vor allem für das Seminar in Serbien sind wir erneut auf Ihre grosszügige Unterstützung angewiesen. Schon jetzt danken wir Ihnen herzlich für Ihre Spenden, die der Förderung junger Menschen in Serbien und dessen Nachbarstaaten in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte zu kommen, auf deren Grundlage sie zu einer friedlichen Zukunft in ihrer Region beitragen können.

Schweizerische Helsinki-Vereinigung

Sekretariat: Netzwerk Müllerhaus

Bleicherain 7
CH-5600 Lenzburg
Email info@shv-ch.org

Telefon 062 888 01 75
Telefax 062 888 01 01
www.shv-ch.org

PC-Konto 80-60501-5

Projektkonto SENZOR:
HBL Lenzburg
CH74 08307000 2505 5730 4

Vorstand: Marianne von Grünigen
Präsidentin

Olivier Battaglia
Franziska Rich
Rolf Stücheli
Nicole von Jacobs

Fabian Hunold
Christoph Lanz
Berry Kralj
Daniel Thürer

Malcolm MacLaren
Hanspeter Spörri
Hans Martin Tschudi
Hans Widmer